

Beratung zum Aufbau einer Produktionsschule im Bereich der Landeshauptstadt Schwerin und des Landkreises Nordwestmecklenburg

Termin: 04.06.2012

Ort: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V

Teilnehmer: siehe anliegende Teilnehmerliste

1. Begrüßung durch Herrn Wergin – Sozialministerium M-V (SM)
2. Einleitung durch Herrn Wergin
 - In M-V gibt es 6 Produktionsschulen (PS'n), davon werden 5 aus dem ESF gefördert – Standorte in Barth (Umzug nach Stralsund geplant), Wolgast, Rothenklempenow, Waren, Rostock und Greven (bei Parchim).
 - PS'n sind Einrichtungen der Jugendberufshilfe an der Schnittstelle Arbeitsmarkt, Bildung und Jugendhilfe. Andeutung der Grundsätze der PS'n und des Monitorings (siehe Anlage).
 - In der letzten Legislatur gab es eine interministerielle Projektgruppe – Zielstellung war unter anderem, in einem Modellprojekt die Anbindung und Umsetzung einer PS an einer beruflichen Schule zu erproben – Standort war in Schwerin / Landkreis Nordwestmecklenburg vorgesehen. Dies ist nicht zustande gekommen – der Bedarf für eine solche Einrichtung wird in der Region aber gesehen.
 - Das SM ist daran interessiert, eine gleichmäßige regionale Verteilung und inhaltliche Entwicklung der PS'n zu erreichen – daher Begrenzung auf Träger der bestehenden Einrichtungen, die in enger Kooperation zusammen arbeiten.
 - Hinweis auf das derzeit in Abstimmung mit der BA, BMAS, RD Nord befindliche Fachkonzept zur Umsetzung von „Maßnahmen der Berufsvorbereitung mit produktionsorientiertem Ansatz“ (BvB-PS).
 - Ein Abgleich des Verbleibs der jungen Menschen aus BvB und BVJ hat gezeigt, dass aus der BvB ca. 65 % der Absolventen in Ausbildung oder Arbeit vermittelt werden konnten, bei BVJ lag diese Quote nur bei 35 % - hier wurde ein hoher Verbleib der Abgänger im Übergangssystem festgestellt.
3. Zielstellung:
 - PS'n sollen langfristig als ein alternatives Angebot der schulischen Berufsvorbereitung neben dem BVJ eingerichtet werden. Hierzu wird eine schulgesetzliche Regelung angestrebt.
 - In der Beratung soll ergebnisoffen diskutiert werden, ob von den Teilnehmenden der Bedarf an einer solchen Einrichtung in der Region gesehen wird, in welcher Größe und an welchem Standort.

4. Diskussion

- Herr Görtzen (AA Schwerin) – die Bedarfslage muss im Zusammenhang mit der Perspektive der PS'n beraten werden, insbesondere das Thema der Altersbegrenzung und der Finanzierung durch die Agenturen für Arbeit (AA) und die Jobcenter (JC) sollten hier berücksichtigt werden.
- Frau Störcker (RD Nord) – Komplexität der Thematik muss betrachtet werden – wie sieht das Gesamtkonzept aus? In welcher Größenordnung ist die Einrichtung vorgesehen? Wie sind die Fallzahlen?
- Frau Gospodarek-Schwenk (JC Schwerin) – Personengruppen / Zielgruppen sollten benannt und Schnittstellen zu anderen Projekten und Angeboten betrachtet werden.
- Herr Schubert (BM) – Weist darauf hin, dass PS'n keine Schulen im Sinne des Schulgesetzes sind.

Ziel der allgemeinbildenden Schulen ist es, die Absolventen mit Berufs- und Ausbildungsreife zu entlassen, dies gelingt nicht in jedem Fall - daher muss auch über alternative Angebote im Schulsystem beraten werden, z.B. produktives Lernen, flexible Schulausgangsphase.

Junge Menschen sind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres schulpflichtig und sollten diese Zeit auch regulär im Schulsystem verbleiben.

Bedarf an PS'n wird als Einrichtung der Jugendhilfe für nicht mehr schulpflichtige junge Menschen gesehen und nur für diejenigen, für die andere Angebote der Schule oder Jugendhilfe nicht greifen.

- Herr Wergin (SM) – Bei der Zielgruppe der PS'n handelt es sich um junge Menschen ohne Ausbildungsreife (mit oder ohne Berufsreife), die vielfältige arbeitsmarktliche Hemmnisse aufweisen, die mit den bestehenden Instrumenten oder schulischen Bildungsgängen nicht erreicht werden. Die jungen Menschen müssen eine grundsätzliche Bereitschaft und Fähigkeit zur Ausbildung und Arbeit erkennen lassen (Arbeits- und Lernbereitschaft).

Im neuen Fachkonzept BvB-PS wird die Zielgruppe auf die 18 – 25-Jährigen ausgeweitet, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen.

Die Finanzierung der PS'n soll grundsätzlich aus

1. Mitteln des ESF,
2. Mitteln der örtlich kommunalen Ebene und
3. Erlösen aus Verkäufen erfolgen.

Hierbei werden im Hinblick auf die neue PS andere Anteile der Kofinanzierung berücksichtigt, als bei den übrigen Einrichtungen. Geplant ist zunächst eine Finanzierung bis Ende 2014 mit einem notwendigen Anteil der örtlich kommunalen Ebene (Jugendamt, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Gemeinden) in Höhe von 20 % der Gesamtausgaben. Nach 2014 wird dieser Anteil etwas höher liegen, genaue Werte sind noch nicht bekannt, der übliche ESF-Kofinanzierungssatz von 35 % ist wahrscheinlich.

Der Anteil der aus dem neuen Fachkonzept BvB-PS geförderten jungen Menschen wird voraussichtlich 15 % - 20 % der Gesamteilnehmer nicht übersteigen.

Langfristiges Ziel für die Produktionsschulen ist es, die Finanzierung in die neue ESF-Förderperiode bis 2020 mit einzubringen.

Auf politischer Ebene wird die Zielstellung verfolgt, die Produktionsschulen in das System der beruflichen Bildung einzugliedern. Verortung sollte daher auf dem Campus der regionalen Berufsbildungszentren erfolgen.

- Herr Buck (Stadt Schwerin) – Derzeit werden 300 junge Menschen in Schwerin im BVJ betreut. Es ist ein gut funktionierendes System der beruflichen Bildung vorhanden. Daher muss die Frage gestellt werden, welche Auswirkungen die Neuansiedlung einer PS auf die bestehenden Angebote und Einrichtungen hätte.
- Herr Wergin (SM) – Für die unter 18-Jährigen würde die Einrichtung der PS möglicher Weise zulasten des BVJ gehen. Hier ist aber wiederum fraglich, ob diese überhaupt im BVJ ankommen würden.
- Herr Görtzen (AA Schwerin) – Es wäre ein Nebeneinander der verschiedenen Angebote (BvB, BVJ, PS) grundsätzlich möglich, wenn ein strukturierter und abgestimmter Zugang zu den einzelnen Angeboten erfolgen würde. Die Orientierung sollte dabei an den Bedarfen des jungen Menschen und nicht an der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Rechtskreis ausgerichtet werden.

Eine genaue Zuordnung der jungen Menschen über die Berufsberater der AA sollte möglich sein – orientiert am Raster des dann wahrscheinlich vorliegenden neuen Fachkonzeptes BvB-PS.

Für den Bereich Schwerin gibt es eine sehr gute Abstimmung zwischen AA und JC – daher sollte eine passende Zuordnung der jungen Menschen in die verschiedenen Angebote möglich sein.

- Herr Wergin (SM) – Entsprechend den Fördergrundsätzen für die PS'n in M-V wären 5 Werkstätten und damit eine Teilnehmeranzahl von 50 Produktionsschülern erforderlich – anderenfalls wäre eine hinreichende Orientierung nicht gegeben.
- Herr Buchholz (ALL Pütter) – In Parchim sind BvB und BVJ vorhanden. Dennoch gibt es genug Anmeldungen und Nachfragen für die Produktionsschule (zeitweise Wartelisten). Zusammenarbeit mit den Berufsberatern und dem Jugendamt sehr intensiv und konstruktiv.
- Herr Buck (Stadt Schwerin) – Wie kann die Erreichbarkeit z.B. von der Insel Poel gewährleistet werden? Wie sieht es allgemein mit der Finanzierung aus? Im Bereich der BVJ finanziert die Stadt als Schulträger einen Anteil in Höhe von 120 Euro pro Teilnehmer und Monat.
- Frau Trepke (ALL Pütter) – Fahrkosten sind Bestandteil der Finanzierung der PS'n. Von den jungen Menschen kann und muss auch ein gewisses Maß an Mobilität verlangt werden. Im Bereich Westmecklenburg gibt es Absprachen mit dem Landkreis und einem Busunternehmen, der eine Linie in den normalen Personennahverkehr integriert hat.

An anderen Standorten werden andere Möglichkeiten genutzt – regionale Gegebenheiten müssen hier berücksichtigt werden.

- Frau Dellin (Jugendamt NWM) – Im Landkreis Nordwestmecklenburg gibt es bereits eine Vielzahl von Angeboten, jedoch keine PS. Mit den vorliegenden Angeboten konnten die bisherigen Bedarfe gut gedeckt werden, daher muss der Bedarf an einer neuen Einrichtung erst geprüft werden. Mit dem Neuaufbau einer PS kann es zu Beeinträchtigungen bewährter Projekte kommen.

Derzeit ist das im Landkreis initiierte Regionale Übergangsmanagement (RÜM) dabei, die im Übergangssystem agierenden Angebote zu erfassen.

- Herr Wergin (SM) – Auch auf Landesebene ist eine Prüfung / Neuordnung des Übergangssystems vorgesehen.

Im Rahmen der RÜM sollten vorhandene Angebote ganz genau auf ihre einzelnen Zielstellungen überprüft werden – teilweise werden sehr unterschiedliche Ansätze verfolgt, die dann nicht miteinander verglichen werden können.

Eine Produktionsschule kostet zwischen 800 Euro und 900 Euro pro Teilnehmer und Monat und ist damit grundsätzlich teurer als BvB und BVJ.

- Herr Kleimenhagen (Jugendamt Schwerin) – Eine Möglichkeit der Finanzierung durch das Jugendamt Schwerin wird für 2012 nicht gesehen. Auch für 2013 ist kein Spielraum für neue Angebote gegeben.

Eine Gegenrechnung mit den Kosten für HzE-Fälle greift nicht, da die Synergieeffekte im ersten Jahr noch nicht abgeschätzt und damit Einsparungen in diesem Bereich nicht benannt werden können.

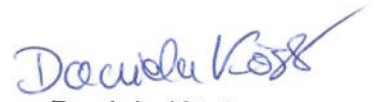
- Herr Jacks (staatliches Schulamt Schwerin) – Für einen Teil der jungen Menschen greifen bestehende Konzepte im schulischen Bereich nicht mehr. Grundsätzlich wird unter Berücksichtigung der speziellen Zielgruppe ein Bedarf für eine PS in der Region gesehen.
- Herr Schubert (BM) – Es muss berücksichtigt werden, dass bei weniger Schülern im BVJ Personalkapazitäten frei werden, die trotzdem bezahlt werden müssen – hat Auswirkungen auf Lehrpersonalkonzept.
- Frau Grimme (JC NWM) – Die Einrichtung einer PS in der Region wäre sinnvoll. Die angestrebte Altersgruppe wird kritisch gesehen – es stellt sich die Frage, ob der Ansatz der PS'n für einen 23-Jährigen noch genauso greift wie für Jüngere.
- Herr Wergin (SM) – Als Standort kommen nur die Orte mit regionalen Berufsbildungszentren in Betracht, diese sind Schwerin oder Zierow.
- Herr Kleimenhagen (Jugendamt Schwerin) – Das Konzept für die PS sollte erst diskutiert werden, wenn eine endgültige Entscheidung zum Aufbau getroffen wurde. Dies setzt einen entsprechenden Beschluss der Stadtvertreter voraus.
- Herr Borchardt (Jugendamt Schwerin) – In der Stadt Schwerin muss nun erst einmal grundsätzlich geplant und der Bedarf analysiert wer-

den. Ergebnisse sind mit der Jugendhilfeplanung abzustimmen. Hierfür muss 1 Jahr veranschlagt werden – Umsetzung wäre ggf. frühestens ab Sommer 2013.

- Frau Dellin (Jugendamt NWM) – Thematik wird mit der Hausspitze diskutiert und dann wird es ein Votum hierzu geben. Im Landkreis sind gute Träger vorhanden, die bei einer Entscheidung für den Aufbau berücksichtigt werden sollten - Trägervielfalt sollte bewahrt werden.

5. Ergebnisse

- Vertreter der anwesenden Jugendämter werden diese Thematik mit den jeweiligen Hausspitzen beraten, Bedarfe prüfen und ein entsprechendes Votum herbeiführen.
- Das SM wird die Finanzierung für den Zeitraum 2012 – 2014 darstellen, den Teilnehmern zukommen lassen und zeitnah zu einer zweiten Beratung einladen.


Daniela Köster

